



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Mai / Juni 2014 • # 1020 / 1021

Energiewende

Dunkle Wolken

Standortauswahl

Unsere Sicht auf das Verfahren

Interview

Überwachung und Bürgerrechte

KLP-Ausgabe

Planen Sie Blockaden?

Die Kulturelle Landpartie hat Sie ange-
lockt? Machen Sie einen Abstecher nach
Gorleben? Planen Sie Blockaden? Dann
kommen Sie zu spät!

Nach Gorleben werden keine Castor-
transporte mehr rollen. Sagt man uns.
Die Arbeiten im Salzstock Gorleben sind
eingestellt und die Endlagersuche wird
neu gestartet. Sagt man uns. Alles wird
anders. Nichts bleibt, wie es ist. Sagt
man uns.

Denn die Erkundung des Salzstocks wird
nun in einer Endlagerkommission voran-
getrieben. Die 26 Castoren aus Sellafeld
und La Hague, die ab 2015 noch nach
Gorleben rollen sollten, müssen wir in
Brunsbüttel, Philippsburg, Lubmin oder
Krümmel stoppen. Vergessen Sie die
anderen, über tausend Castoren, die in
kraftwerksnahen Zwischenlagern her-
umlümmeln. Die werden nämlich erst
rollen, wenn ein Endlagerstandort aus-
geguckt wurde.

Aber vergessen Sie Gorleben nicht. Der
Salzstock im Wendland bleibt heißer Fa-
vorit für heiße Ware. Die Energiewende
erkaltet und auf kaltem Wege soll die
Atomkraft in die Verlängerung gehen.

Aber wir wollen Sie nicht aufwiegeln.
Sie wollen ja nur zur Kultur. Zur Land-
partie. Hier ins Wendland. Herzlich will-
kommen!

Wolfgang Ehmke
für die Bürgerinitiative
Lüchow-Dannenberg





Liebe Leserinnen und Leser,

über mehr als drei Jahrzehnte hat das „unappetitliche Pack“ der Wendländer Vertrauen aufgebaut – in die eigenen Fähigkeiten nämlich. Vor genau 30 Jahren wurde in einer großen Wendland-Blockade das erste Mal der Landkreis dicht gemacht. Vor 25 Jahren startete das kulturelle Projekt, auch anderen außerwändischen Menschen zu zeigen, wo und wie wir Wendländer leben, warum wir so leben und wie wir denn eigentlich leben wollen. Mit dem Vertrauen in die Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit der Politik war es dagegen stets eher schlecht bestellt. Auch Milliarden Euro später misst sich „Fairness“ an der Behandlung im Polizeikessel, „transparent“ wird im Wendland als durchschaubar verstanden und bei „ergebnisoffen“ merkt hier jeder gleich, wie offenkundig das Ergebnis bereits ist...

Nichts Neues also? Altersstarrsinn? Hartnäckiges Festhalten an tradierten Ritualen?

In der Freien Republik versucht die Freie Bühne Wendland eine Antwort, lassen Sie sich diese bloß nicht entgehen! Im Überwachungsstaat denkt man derweil darüber nach, Castortransporte wegen hartnäckiger wendländischer Renitenz tatsächlich anderswo hin zu lenken. Wird jetzt also alles gut? Bekommen wir jetzt alle sauberen gewaltfreien erneuerbaren Strom aus Bürger/-innen-Hand? Da haben Sie aber die Rechnung ohne die Energiewirte der Großen Vier gemacht! Die haben nämlich renitent vor, Ihnen auch weiterhin unverschämte Rechnungen zu schicken. Und nicht nur Ihnen, Bundesregierung und Bundestag für entgangene Einnahmen aus potenziellen Atomunfällen gleich mit ... Bleibt schließlich nur noch das Vertrauen

in die Basis der Initiativen und Umweltverbände. Die hat Ende März eine große Tagung in Berlin zum Standortauswahlgesetz durchgeführt. Das Ergebnis: Die Parteipolitik versucht sich ihr Gesetz und ihre Kommission schön zu reden. Das Verfahren ist gleich zu Beginn verfahren. Unmöglich könne man einen untauglichen Prozess auch noch durch seine Mitarbeit legitimieren. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hat sich dennoch von den Parteivertretern breitschlagen lassen, einen Sitz in der Kommission einzunehmen. Wenn auch nicht wirklich klug, so war das vielleicht einfach „gut gemeint“.

Lassen Sie sich nun aber im hundertprozentig regenerativen Wendland den Wind um die Nase wehen und die Sonne auf den Pelz brennen und vertilgen Sie etwas Biomasse. Das Team der BI wünscht Frohe Pfingsten!

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt,
Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben Klages, Anja Meyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Korrektur: Franziska Behn

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg
Auflage: 4900, gedruckt auf Recyclingpapier
Cyclus Print

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de



Bi.Luechow.Dannenberg.e.V



@gorleben



Bi LuechowDannenberg



Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

DUNKLE WOLKEN ÜBER DER ENERGIEWENDE

von Andreas Conradt



Als Japan zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahrzehnte vom Schatten des Atomzeitalters verdunkelt wurde, ging der Politik in Deutschland ein Licht auf. Buchstäblich über Nacht wurde rund die Hälfte der deutschen AKW abgeschaltet, für den Rest wurde eine bis längstens 2022 begrenzte Betriebsdauer beschlossen. Dieser scheinweise Atomausstieg wurde flankiert von einer forcierten Energiewende. Nur dreieinhalb Jahre nach Fukushima sind nun beide wieder in Gefahr. Von Energiesparen, Energieeffizienz und Klimapolitik ist gar nicht mehr die Rede.

Erinnerungen verblassen schnell. Das gilt sogar für atomare Unfälle wie den Super-GAU in Fukushima. Die Katastrophe in Japan dauert immer noch an, doch aus den Medien ist das Thema fast vollständig verschwunden. Das Grauen ist kaum noch präsent. Das könnte ein Grund dafür sein, dass Teile der Politik Tempo und Richtung der Energiewende seit rund einem halben Jahr infrage stellen. Ein Vergessen und Verdrängen wäre menschlich verständlich, doch die Dinge liegen schlimmer!

Es geht ums Geld! Glaubt man Vertretern der Großen Koalition in Berlin, so stieg der Strompreis in den letzten Jahren vor allem aufgrund des unerwartet schnellen Ausbaus der erneuerbaren Energien, also Biomasse, Windkraft und Fotovoltaik, und der damit verbundenen hohen Summe, die als Fördergelder ausgezahlt wurde. Doch die wahren Gründe für das Ausbremsen der Energiewende dürften woanders zu suchen sein. So war zum Beispiel die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft häufig bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin zugegen, um gegen die erneuerbaren Energien zu wettern und für eine massive Weiternutzung der Kohlekraft zu werben. Grund: Kommunen und Landkreise in NRW sind zu großen Teilen am Energieriesen RWE beteiligt und lebten bisher

auch von den jährlichen Dividende-Zahlungen. Bei einer Reduzierung der Kohlekraft in Deutschlands größtem Bundesland würden diese Gelder ausbleiben. Um solcherlei schmutzige Geschäfte zu kaschieren, soll nun die Sorge um sozialverträgliche Energiekosten als Grund dafür herhalten, dass die Kriterien der Energiewende von der Politik aufgeweicht und die Rufe der Lobbyisten nach einer erneuten Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wieder lauter werden.

Dabei ist die Benennung derjenigen, die „aufweichen“ und „rufen“, durchaus angebracht, denn von Bürgerinnen und Bürgern ist die Forderung nach niedrigeren Strompreisen kaum zu vernehmen. Im Gegenteil: Fast drei Viertel der deutschen Bevölkerung stehen nach wie vor zu Atomausstieg und Energiewende, über die Hälfte wünscht sich sogar eine schnellere Abschaltung der AKW. Laut Emnid-Umfrage im Auftrag der bundesweiten Anti-Atom-Initiative *„ausgestrahlt“* will eine Mehrheit nicht bis 2022 auf den Ausstieg warten.

Das ist umso verwunderlicher, als die lancierte Diskussion über angeblich zu hohe Kosten für die Energiewende durchaus die Kraft hätte, deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu mindern.

Tatsächlich erhielten die Erneuerbaren seit 1970, bezogen auf die erzeugte Menge Strom, eine relativ hohe Förderung von 3,4 Cent pro Kilowattstunde, fossile Energien wurden insgesamt deutlich weniger subventioniert (Steinkohle 3,3, Braunkohle 1,3, Gas 0,3 Cent). Ausgerechnet die angeblich so billige Atomkraft aber bekam mit 4 Cent pro Kilowattstunde die höchste Förderung. „Schuld (*an den hohen Strompreisen; die Redaktion*) sind aber nicht die Kosten der erneuerbaren Energien“, sagt Florian Kubitz Vorstandssprecher von *Robin Wood*, im Verbandsmagazin, „sondern hausgemachte Probleme wie die Ausnahmeregelungen für große Teile der Industrie.“ Weil zu viele

Unternehmen Rabatt bei der Ökostrom-Zulage erhielten, stieg der Strompreis für nicht befreite Unternehmen und Privathaushalte unverhältnismäßig stark.

Ja, es geht ums Geld! Nur eben nicht um das der Verbraucher/-innen, sondern um Milliarden für Deutschlands Industrie. Nur darum sorgt sich die Politik. Rund 1600 Unternehmen werden allein in diesem Jahr von 5,1 Milliarden Euro Zulage befreit, ausgerechnet die Betreiber von Kohlekraftwerken müssen die CO₂-Abgabe nicht zahlen. Zu Lasten der Verbraucher/-innen und zum Wohle der Wirtschaft. Zur Freude des Wirtschaftsministers: Sigmar Gabriel (SPD), vor der Bundestagswahl noch Verfechter einer 75-prozentigen Versorgung Deutschlands mit grüner Energie bis 2030, stand bis zum Bund-Länder-Kompromiss Anfang April mit ganzem Gewicht auf der Bremse. Das hatte sich auch schon im schwarz-roten Koalitionsvertrag vom Dezember 2013 niedergeschlagen. Dort ist nur noch die Rede von „40 bis 45 Prozent im Jahre 2025, 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035.“

Erste Bremsspuren bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurden Anfang des Jahres sichtbar. Damals wurde bekannt, dass bestehende Biogasanlagen nur noch um 100 Megawatt pro Jahr erweitert werden dürfen. Eine Vollbremsung, denn gerade diese besonders schnell und einfach zu regelnden Anlagen hätten das Zeug, als Ausgleich für Wind- und Solarenergie in windstillen und dunklen Zeiten zu fungieren. Würde dieses Zusammenspiel der drei Arten der Erneuerbaren perfektioniert, würden die Energiekonzerne über Nacht überflüssig. Ein Szenario, das der Wirtschaftsminister unbedingt verhindern sollte.

Keine zusätzlichen Veränderungen soll es bei der Fotovoltaik geben – das Tempo des Zubaus von Solaranlagen wurde allerdings schon 2013 mehr als halbiert, nachdem die schwarz-gelbe Regierung die Förderung

drastisch reduziert hatte. Seitdem lohnt sich die Solarstromproduktion nur noch für große Firmen, oder, wegen der Bagatelgrenze, für Einzelhaushalte. Einer dezentralen Versorgung von Kommunen oder Landkreisen, beispielsweise durch Dorfgemeinschaften, wurde aber ein Riegel vorgeschoben.

Das Beispiel dürfte Sigmar Gabriel gefallen haben. Er sieht sich derzeit vor allem als Kämpfer für die mittlerweile schwächelnden Energiekonzerne. Deren Lobbyisten, so die Internetplattform *abgeordnetenwatch.de*, gaben sich während der Koalitionsverhandlungen im letzten Herbst im Kanzleramt die Klinke in die Hand. Offenbar erfolgreich, denn ein ähnlicher Deckel wie bei der Solarförderung wurde nun auch für die Förderung der Windenergie beschlossen, wenn auch das Schlimmste gerade noch einmal verhindert werden konnte, wie Anton Hofreiter, Fraktionschef der Grünen, den Bund-Länder-Kompromiss kommentierte: „Die Länder konnten Gabriels Paket einige Giftzähne ziehen.“ Alle aber nicht!

Wie geplant bleibt es beim Neubau von Windrädern an Land (Onshore) bei der Deckelung der Förderung von maximal 2500 Megawatt pro Jahr, wenn auch der Austausch gegen leistungsstärkere Räder nun nicht eingerechnet werden soll. Neue Anlagen an weniger windstarken Standorten im Binnenland sollen zwar doch weiterhin gefördert werden, aber künftig so gering, dass sich ihr Bau nur noch für Großinvestoren lohnt. Bürgerwindparks und ähnlich

kleine Träger der Energiewende wurden ausgebremst. Kritiker sehen in der Deckelung der Fördermittel ohnehin vor allem eins: Eine Weichenstellung hin zu Offshore-Anlagen und damit eine Begünstigung der Energiekonzerne, weil nur sie finanzstark genug sind, diese Anlagen zu errichten und zu betreiben.

Eine dezentrale Energieversorgung in der Hand von Bürgern, Gemeinden und Landkreisen ist nach der Novelle des EEG jetzt kaum noch möglich. Dies zu erreichen war der Auftrag der Energie-Lobbyisten an Wirtschaftsminister Gabriel. Er hat ihn vorbildlich und gerade noch pünktlich ausgeführt ...

Die so beschlossene Deckelung der Förderung von Biogasanlagen, Solar- und Windenergie, im Koalitionsvertrag vornehm umschrieben als „gesetzlich festgelegter Ausbaukorridor“, bevorzugt nicht nur die großen Konzerne und erschwert damit eine dezentrale, verbrauchsnahe Energieversorgung. Sie bremst vielmehr die Energiewende insgesamt, erfordert die umstrittenen „Stromautobahnen“ und schädigt das Klima mehr als nötig.

Dabei wäre eine Verlangsamung aus Rücksicht auf die Versorgungssicherheit nicht erforderlich: Im vergangenen Jahr erzielte Deutschland mit rund 33 Milliarden Kilowattstunden einen neuen Rekord beim Stromexport – bei einem Inlandsverbrauch von rund 600 Milliarden Kilowattstunden. „Deutschland hat 2013 an acht von zehn Tagen mehr Strom exportiert als importiert“, berichtet Patrick Graichen von der Berliner

Denkfabrik *Agora Energiewende* im *Robin Wood Magazin*. Aber: „Das ist zu einem Großteil Strom aus Braun- und Steinkohlekraftwerken.“

Und damit Strom der großen Energiekonzerne: Vattenfall zum Beispiel erzeugt über 90 Prozent seines Stroms in Kohlekraftwerken. Die CO₂-Schleudern verhindern auf diese Weise nicht nur die intelligente Vernetzung der Erneuerbaren und den Umbau von Biogasanlagen zu „Ausgleichs-Kraftwerken“, die bis zum Bereitstehen von leistungsfähigen Stromspeichern erforderlich sind. Sie verdrängen sogar zunehmend die wirtschaftlich und ökologisch günstigeren Gaskraftwerke, die aufgrund ihrer schnelleren Regelbarkeit für den Ausgleich der wetterbedingten Schwankungen bei den Erneuerbaren viel besser geeignet wären. Dabei folgt auch die gezielte Abschaltung von Gaskraftwerken und der Ausbau der Kohleverstromung nüchternem Kalkül: So machen die Großkonzerne – EnBW, Vattenfall, E.ON und RWE – Druck. Sie stemmen sich gegen Dezentralisierung und Rekommunalisierung und wollen auch künftig das Monopol der Energieversorgung halten. Wenn ihnen das gelänge – und die Politik hilft gerade kräftig mit –, könnten die großen Vier mit ihren alten Kraftwerken noch jahrzehntelang billig Strom produzieren und ihn teuer an Verbraucher/-innen und Mittelstand verkaufen. Spätestens dann, so befürchten Umweltschützer, wird für die Lobbyisten im Kanzleramt auch die Forderung nach einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke kein Tabu mehr sein.

Demo am 10. Mai in Berlin

Die Energiewende ist in Gefahr! Die Regierung will den Zubau der erneuerbaren Energien mit einem Ausbaudeckel und massiven Förderkürzungen ausbremsen. Dies ist Klientelpolitik für klimaschädliche Kohlekraftwerke und die angeschlagenen Energiekonzerne. Zudem droht damit eine neue Debatte um längere AKW-Laufzeiten.

Doch noch hat all dies nicht Gesetzeskraft. Noch gibt es Chancen, die Energiewende zu retten: Sowohl SPD als auch CDU/CSU sind jeweils gespalten in Freunde der Energiewende und Interessenvertreter der Konzerne. Und an der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sind die Länder beteiligt. Etliche stehen der schwarz-roten Energiepolitik kritisch gegenüber – jetzt müssen sie sich wehren.

Am 10. Mai demonstrieren wir daher mit zehntausenden Menschen in Berlin.

Gemeinsam fordern wir, dass die Energiewende nicht ausgebremst wird, der Atomausstieg beschleunigt und der Kohle-Ausstieg eingeleitet wird, Kohle-Tagebaue stillgelegt werden und Gas nicht mittels Fracking gefördert wird. Wir wollen die Energieversorgung dezentralisieren, demokratisieren und in die Hand der Bürger/-innen legen!

Wir protestieren zu Lande und zu Was-

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

ser. Auf dem Wasser sind viele mit allem was schwimmt unterwegs. Auf dem Land ziehen wir mit einem großen Demozug durch das Berliner Regierungsviertel und bilden links und rechts der Spree eine bunte Aktionskette. Land-



und Wasserdemo treffen zu einem großen Happening zusammen – damit die Energiewende nicht kentert.

GUTES WENDLAND – SCHLECHTES WENDLAND

von Andreas Conradt



Das fehlt Lüchow-Dannenberg noch: bissig-böses Volkstheater. Hier ist es! Denn was ist das Wendland ohne Castortransporte? Nichts! Der Absturz in die Bedeutungslosigkeit droht!

Nicht nur der heimische Widerstand ist auf Entzug, auch die Polizei. Deshalb will eine Gruppe von Magdeburger Beamten im Urlaub einen eigenen Castor in das Wendland bringen. Eine Herausforderung, die das Wendland mit grimmigem Vergnügen annimmt. Schließlich sind da

noch ein paar alte Rechnungen zu begleichen und die Endlagersuche ist alles andere als ergebnisoffen. Die Ankündigung der berüchtigten „Magdeburger“ wirbelt die Gorleben-Szene mächtig durcheinander – und lässt ganz nebenbei die merkwürdigsten Geschäftsideen wuchern. Kommunalpolitiker träumen bereits von jährlichen „Castor-Spielen“ als touristischem Event.

„Gutes Wendland – Schlechtes Wendland“ ist bissig-böses Volkstheater mit einem satirischen Blick auf ein nach wie

vor brandaktuelles Thema: temporeich, schlagfertig und vor allem selbstironisch. Unter der Regie von Uwe Serafin agieren Kerstin Wittstamm, Carolin Serafin, Jeannette Arndt, Lennart Müller, Peter Bauhaus und Gero Wachholz. Für Bühnenbild und Kostüme zeichnet Uta Helene Götz verantwortlich.

Während der Kulturellen Landpartie (KLP) spielt die Freie Bühne Wendland ihr neues Stück am 28. und 29. Mai sowie am 5., 7. und 9. Juni jeweils um 20 Uhr im Theater des Cafés Grenzbereiche in Platenlaase.

Die Freie Bühne Wendland wurde 2011 von im Wendland ansässigen professionellen Künstler/-innen aus dem Theater- und Fernsbereich gegründet (Regie, Schauspiel, Drehbuch, Ausstattung, Choreografie). Als Bühne ohne festes Haus nutzt sie die in der Region vorhandenen Strukturen, insbesondere die Räumlichkeiten des Kulturvereins in Platenlaase. „Ziel ist es“, so Initiator Peter Bauhaus, „in einer theaterfernen Region wie dem Wendland mit mehreren Produktionen pro Jahr lebendiges Theater anzubieten.“ Die Freie Bühne Wendland ist Mitglied im Landesverband Freier Theater in Niedersachsen (LAFT).



Happy Birthday, Marianne

Marianne Fritzen, die „Urgroßmutter der Bewegung“, die Mitbegründerin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, wurde im April 90 Jahre alt! Bundesweit bekannt wurde sie, nachdem der Hamburger Fotograf Günter Zint ein Foto der „kleinen Frau mit der Strickmütze“ veröffentlicht hatte. In dem schon vor ein paar Jahren erschienenen Buch „Über Macht & Phantasie“ von Susanne Kamien und Max Rheinländer erzählt Fritzen ihre Lebens- und Widerstandsgeschichte(n) in Text und Bild. Zu Ehren des runden Geburtstags der „Alten Dame des Widerstands“ ist das Buch nun zum vergünstigten Preis von 15 Euro erhältlich. Fünf Euro davon gehen als Spende an das Lebenswerk von Marianne Fritzen: Das Gorleben Archiv in Lüchow. Bestellen werden kann das Buch per E-Mail bei: i.wend@susanne-kamien.de



Neuer Vorstand

Am 16. März hat die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender bleibt Martin Donat und auch die Positionen von Kassenwart und Pressesprecher werden erneut von Klaus Longmuss

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

und Wolfgang Ehmke bekleidet. Weiterhin im Vorstand ist auch Günter Her-

meyer, der sich zusammen mit der nach zweijähriger Pause erneut gewählten Kerstin Rudek verstärkt um die internationale Vernetzung der BI kümmern möchte. Ganz neu im Team sind Elisabeth Hafner-Reckers und Falko Berkemeier.

Nicht mehr kandidiert hatten Anja Meyer und Franziska Behn. Im Büro wird der Vorstand unterstützt durch Kina Becker, Margarete Langer, Inge Schnieder, Francis Althoff und Büroleiter Torben Klages.

ZWISCHEN AQUARELL UND BECQUEREL

KLP-Service-Seite

Der Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben und die Kulturelle Landpartie (KLP) hängen unmittelbar zusammen. „1004 WUNDER PUNKTE WENDLAND“ stand über dem Bericht des Treffens im September 1989, das wohl als die Geburtsstunde der Wunde.r.punkte und damit der KLP anzusehen ist. Die Zahl bezog sich auf die Salzstock-Erkundungs-Tiefbohrstelle 1004, die dann vom Widerstand besetzt wurde, der dort ein Anti-Atom-Hüttendorf errichtete und über Pfingsten 1980 die „Freie Republik Wendland“ ausrief. In dem Bericht heißt es weiter: „Der Zusammenschluß jener, die hier aktiv werden, ist weder rein zufällig, noch beliebig. Die gemeinsamen Wurzeln liegen im Widerstand gegen die Atomanlagen und dem Lebensgefühl, anderes zu wollen als abhängig zu arbeiten und sich feierabends vom Fernseher leben zu lassen. Das, was [...] gezeigt, demonstriert, ausgestellt werden, soll, ist nicht die Spitze des Eisberges, die politische Demonstration, sondern ein Teil der Kultur dieser Region, der versucht, der Entfremdung der Arbeit, der Trennung zwischen Leben und Produzieren, der Zerstörung menschlicher Bindungen in der modernen Industriegesellschaft entgegenzuleben.“ Das gilt heute noch, und so wird Besucher/-innen der KLP das Thema Atom auf Schritt und Tritt begegnen. Dazu will auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg beitragen, die an vier Orten präsent sein wird.



Ein ganz wichtiger Anlaufpunkt sind in diesem Jahr die **Atomanlagen bei Gorleben**. Dort hat die BI ihren Mobilien Musik-Kampf-Wagen (MMKW) platziert und bietet vom 29. Mai bis zum 1. Juni und am Pfingstwochenende vom 6. bis zum 8. Juni jeweils von 11 bis 18 Uhr einen Infotisch und Erfrischungen. Mindestens einmal täglich wird mit einem Fachvortrag richtig ins Detail gegangen:

Donnerstag, 29. Mai

15 Uhr: „Solidarität statt Überwachung und Kriminalisierung“, Vortrag vom Ermittlungsausschuss Wendland

Freitag, 30. Mai

15 Uhr: „Strahlung ist messbar“, Exkurs der Fachgruppe Radioaktivität der BI
17 Uhr: „Über die Bedeutung internationaler Anti-Atom-Beziehungen“, Vortrag der BI

Samstag, 31. Mai

Ab 13 Uhr: Aktionstag des Gorleben Widerstands mit gorleben365, Kurve Wustrow, x-tausendmal quer, Ermittlungsausschuss Wendland, graswurzel.tv, contrAtom, Musik von DJ Flaco und politische Musiksatire von Fortschritt

Sonntag, 1. Juni

13 Uhr: Sonntagsspaziergang rund ums sogenannte Erkundungsbergwerk
14 Uhr: Gorlebener Gebet
15 Uhr: „PKA – Die vergessene Atomanlage“, Vortrag der BI

Freitag, 6. Juni

15 Uhr: „Atomausstieg? Alles Lüge!“, Atommüll, Transporte, Laufzeiten & noch mehr, Vortrag von contrAtom
16-21 Uhr: graswurzel.tv, „Widerstandsfilme aus den vergangenen Jahren“, mit Poeten Punk von den Beat Poeten

Samstag, 7. Juni

„Kommission ODER öffentliche Debatte“, Neue Endlagersuche - Ist Gorleben damit erledigt? Diskussion mit BI und Greenpeace

Sonntag, 8. Juni

12-16 Uhr: Infotag von Salinas
13 Uhr: Sonntagsspaziergang rund ums sogenannte Erkundungsbergwerk
14 Uhr: Gorlebener Gebet

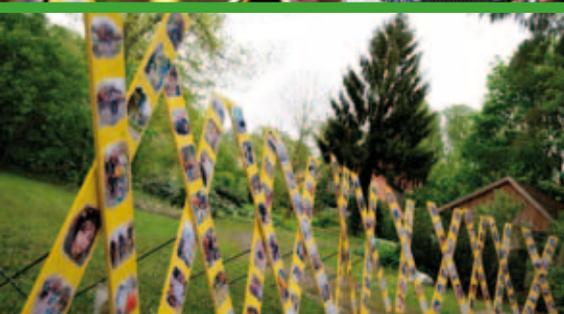
Eine weitere wichtige Anlaufstelle (und rund ums Jahr Treffpunkt der Widerstandsszene) ist der **Gasthof in Meuchefitz**. Dort betreibt die BI täglich von 11 bis 18 Uhr einen Infopunkt und informiert unter der Fragestellung „Warum dieses Gesetz der falsche Weg ist“ über das Standortauswahlgesetz. Ergänzend sind „Widerstandsbilder“ des Fotografen-Ehepaars Ingrid und Werner Lowin zu sehen.

Auf dem Wunderpunkt vom **Gasthaus Wiese in Gedelitz** (11 bis 18 Uhr) ist während der gesamten KLP die Ausstellung „Gorleben geht gar nicht! 10 Fahnen Argumente“ zu sehen.

Das große Info- und Verkaufszelt der BI steht auch in diesem Jahr wieder auf der **Mützingenta in Mützingen** (11 bis 19 Uhr). Auch hier gibt es einen Fachvortrag:

Dienstag, 3. Juni

20 Uhr: „Betrachtungen zur Ressourcenfrage am Beispiel des weltweiten Uranbergbaus“, Vortrag der BI



WE ARE NOT AMUSED

von Wolfgang Ehmke und Andreas Conradt



**Eine „Lösung“ dafür, wie man den Atom-
müll für eine Million Jahre sicher vor der
Biosphäre abschließt, gibt es nicht, zu-
mindest nicht ohne Anführungsstriche.
Dieses Eingeständnis der Politik vermisst
die deutsche Anti-Atom-Bewegung. Was
außerdem fehlt, ist die Einsicht, dass es
keine offene und faire Debatte geben
kann, wenn man an dem Symbol der ver-
fehlten Atommüllpolitik festhält: Gorle-
ben. So erklärt sich, warum die Bewe-
gung das angeblich neue Suchverfahren
ablehnt.**

Aufgeheizte Stimmung im Lüchower Gildehaus. Auf dem Podium lauschen Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und sein grüner Umweltminister Stefan Wenzel mit versteinerner Miene einem aufgeführten Wendländer im Publikum. Der fordert lautstark ein unumkehrbares „Aus“ für die Castortransporte nach Gorleben. Dann jähe Unterbrechung. Ein Mitglied der Bürgerinitiative ruft quer durch den Saal: „Mensch, Leute, diese Castor-Diskussion ist doch nur die Pille, mit der Berlin unseren Widerstand betäuben will. Das Problem ist doch ein ganz anderes, nämlich die Frage nach dem Weg zur Endlagersuche!“

Das sitzt! Fortan ist die Frage, wohin die Castoren gebracht werden sollen, die ab 2015 aus La Hague und aus Sellafield kommen, Nebensache – und zwar nicht nur bei der Podiumsdiskussion in Lüchow, sondern in der gesamten Anti-Atom-Bewegung.

Solange Gorleben im Rennen bleibt, ist das Gesetz inakzeptabel

Viel mehr beschäftigt Umweltverbände und Bürgerinitiativen (BIs) seitdem das Standortauswahlgesetz (StandAG). Es

ist in den berühmten „Küchengesprächen“ zwischen Peter Altmaier (CDU), Sigmar Gabriel (SPD) und Jürgen Trittin (Grüne) als typischer Parteienkompromiss ausgeheckt worden und wird von BIs und Verbänden abgelehnt. Zwar wird der Salzstock im Wendland derzeit nicht weiter ausgebaut und wurde der Rahmenbetriebsplan mittlerweile aufgehoben, zwar soll es einen Vergleich möglicher Endlagerstandorte geben und die Castortransporte entfallen. Das Grundübel des Gesetzes ist aber: Gorleben bleibt trotz bekannter geologischer Mängel im Rennen. Nachlesbar sind diese Mängel in Studien wie „Isibel“ von der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* aus dem Jahr 2004 oder der „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ aus 2013. Flankiert wird die Aktenlage von den offiziell gültigen Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Sie wurden stets so angepasst, dass die geologischen Schwachstellen des Salzstocks im Wendland keine Ausschlusskriterien darstellen. Mit diesen schrittweise reduzierten Anforderungen soll nun bundesweit nach einem Standort gesucht werden. Nicht nur die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg befürchtet, dass diese Kriterien vor allem auf einen Standort passen werden: auf Gorleben. „Der Neuanfang“, so der Vorsitzende des Bunds für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (*BUND*), Prof. Dr. Hubert Weiger, „hat einen Geburtsfehler, weil Gorleben nicht ausgeschlossen wurde.“ Noch deutlicher formuliert es Reinhard Ueberhorst, der 1979 der Vorsitzende der ersten energiepolitischen Enquete-Kommission der Bundesrepublik war: „Das StandAG muss zurückgezogen werden! Es stellt zum falschen Zeitpunkt die fal-

schen Fragen und eröffnet ein falsches Verfahren mit falschen Zeitvorgaben.“

Eine Kommission war Forderung der Anti-Atom-Bewegung. Aber nicht so!

Gorleben steht paradigmatisch dafür, wie die Öffentlichkeit systematisch getäuscht wurde: Macht ging vor Recht, Lüge vor Wahrheit, Heimlichkeit vor Offenheit. Der Erkauf von Zustimmung hat das Vertrauen zerstört. Die gesellschaftliche Debatte um Grundzüge einer verantwortlichen Umgangs mit dem Nuklearmüll – nicht nur mit den hochradioaktiven Abfällen – wird von Umweltinitiativen und Anti-AKW-Gruppen weiter angemahnt, die nun gebildete Endlager-Kommission lehnen sie jedoch unisono ab. Dabei war die Einsetzung einer solchen Enquete einstmals sogar ihre eigene Forderung – allerdings unter der Maßgabe, dass zuerst offen über die Handhabung der strahlenden Hinterlassenschaft diskutiert und erst dann ein Gesetz beschlossen wird, das von allen gesellschaftlichen Schichten getragen werden kann. „Vor dem Gesetz braucht es eine Diskussion, die Vertrauen in die Akteure und das Verfahren schafft“, so Prof. Weiger vom *BUND*. Die Anti-Atom-Bewegung kritisiert die Reihenfolge, bei der *zuerst* das Gesetz beschlossen wurde und *dann* erst die Kommission ihrer Arbeit aufnimmt. „Erst die Socken anziehen, dann die Schuhe – nicht umgekehrt“, kommentieren einige süffisant. Aber nicht nur die zeitliche Abfolge missfällt, auch die Besetzung erscheint BIs und Umweltverbänden untragbar. Die Kommission hätte ein Chance sein können, die gesellschaftliche Debatte um den Atommüll auf neue Füße zu stellen. Doch bei ihrer Zusammenstellung ha-

ben parteipolitische Handlungsmuster die Oberhand gewonnen. „Das wäre bei jeder anderen Kommission vielleicht ein verschmerzbares Problem“, sagt Jochen Stay von der Anti-Atom-Initiative *.ausgestrahlt*, „aber hier haben sich genau jene Akteure durchgesetzt, die seit Jahrzehnten mit ihren Methoden am Atommüll-Problem gescheitert sind.“ Auch die BI Lüchow-Dannenberg (BI) reibt sich daran, dass mit dem Physiker Prof. Dr. Bruno Thomaske und Prof. Dr. Gerd Jäger vom Bundesverband der Deutschen Industrie Kommissionsmitglieder gewählt wurden, die gesonderte Interessen repräsentieren. Thomaske hatte sich in den Neunzigerjahren im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) über alle Bedenken an Gorleben hinweggesetzt. Die BI sieht in ihm die „Speerspitze“ der Gorleben-Befürworter. Jäger arbeitet im Vorstand der Uranfirma Urenco, die bei der Urananreicherung tonnenweise Atommüll produziert, der bisher in den Abfallbilanzen nicht auftaucht, weil er als „Reststoff“ deklariert wird. „Ein Atomlobbyist und ein Geschäftsmann aus dem Atom-Segment, der ein vitales Interesse an der Endlagerfrage hat – das ist kein Personaltableau, das für eine transparente, offene und wissenschaftsbasierte Endlagersuche steht“, so die BI aus dem Wendland. „Wir sollen vereinnahmt werden für einen Suchprozess, bei dem am Ende wieder Gorleben herauskommt.“ Das Gesetz soll in den nächsten zwei Jahren durch die 33-köpfige Kommission evaluiert werden, die dem Bundestag Veränderungsvorschläge unterbreiten. Die Parteien brüsten sich damit, dass sie auf ihr Stimmrecht in der Kommission verzichtet haben. Das fällt ihnen leicht, denn sie haben sich auf anderem Wege maximalen Einfluss gesichert. So haben sie die Wissenschaftler und Vorsitzenden im Alleingang bestimmt und obendrein dafür gesorgt, dass unter den Experten und den Vertretern der Zivilgesellschaft möglichst viele Parteimitglieder sind. Ob am Ende das Arbeitsergebnis der Kommission überhaupt Einfluss auf das Verfahren hat, behalten sich die Parteien ebenfalls vor. „Es ist schlimm“, so Reinhard Ueberhorst, „dass wir nicht streiten dürfen, wie das Verfahren aussehen soll.“

Die Arbeit des Bundesamts für kerntechnische Entsorgung ist zum jetzigen Zeitpunkt unsinnig

Parallel zur Einsetzung der Kommission startet das neue *Bundesamt für kerntechnische Entsorgung* (BKE), obwohl

seine Einrichtung und Aufgaben eigentlich noch von der Kommission überprüft werden sollen. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 sind für das BKE 40 Stellen vorgesehen. Statt die Ergebnisse der Endlagerkommission abzuwarten, nimmt das Bundesamt die Arbeit also schon jetzt auf und ist im Kern mit den gleichen Fragestellungen befasst wie die Kommission. Die BI Lüchow-Dannenberg hatte wiederholt auf diesen „Webfehler“ des StandAG hingewiesen und die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, die Arbeit des neu geschaffenen Bundesamtes zurückzustellen, um nicht Fakten zu schaffen, die die Kommissionsarbeit absurd erscheinen lassen. Aber: „Jetzt zeigt sich praktisch, welchen Stellenwert die Bundesregierung der geplanten Atommüll-Kommission gibt“, so Jochen Stay von *.ausgestrahlt*. „Wer eine Behörde bereits einrichtet, deren Sinnhaftigkeit und deren Aufgaben in der Kommission erst grundlegend überprüft werden soll, der nimmt die Kommission nicht ernst.“

Die interdisziplinären Analysen von ENTRIA kommen zu spät.

Als weitere Säule des so genannten Neuanfangs in der Endlagersuche soll sich auch die Forschungsplattform ENTRIA („Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe: Interdisziplinäre Analysen und Entwicklung von Bewertungsgrundlagen“) mit Optionen zur Entsorgung hochradioaktiver Reststoffe befassen. Die seit Jahrzehnten anhaltende gesellschaftliche Debatte habe gezeigt, so die Wissenschaftler/-innen auf ihrer Internetseite, dass diese Problematik nicht alleine vom technisch-/naturwissenschaftlichen Standpunkt aus gelöst werden kann. Deshalb wollen sie technische *und*

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

gesellschaftswissenschaftliche Ansätze zur Untersuchung der drei wichtigen Entsorgungsoptionen verfolgen: Tiefenlagerung mit oder ohne Rückholbarkeit und Oberflächenlagerung.

Dabei will ENTRIA die Problematik erstmals aus gleichberechtigter Sicht aller beteiligter Disziplinen, also Natur-, Ingenieur-, Geistes-, Rechts-, und Sozialwissenschaften analysieren und eben nicht, wie bisher, *entweder* technisch *oder* gesellschaftswissenschaftlich ausgerichtete Untersuchungen erarbeitet.

Das ist prinzipiell ein guter Ansatz, doch auch er kommt zu spät, oder besser:

Das Gesetz kam zu früh. „Wissenschaftler können und müssen Probleme aufzeigen, aber nicht entscheiden“, sagt Reinhard Ueberhorst, heute Leiter des Beratungsbüros für diskursive Projektarbeiten und Planungsstudien. „Das geht nur im Streit!“ Demokratie sei schließlich eine kooperative Findkunst, bei der qualifizierter Streit etwas Positives ist.

Es wird wohl weiterhin Proteste geben

Eine unbelastete Enquete-Kommission könnte der richtige Rahmen für diese Findkunst sein. Aber eben nur, wenn sie nicht im Schatten eines bereits beschlossenen Gesetzes stehen würde, wenn sie frei wäre in ihren Entscheidungen, wenn sie nicht aus Parteienkalkül besetzt wäre und ohne Zeitdruck arbeiten könnte.

Wenn nun stattdessen das Mitmachtheater beginnt, wird es unter den gegebenen Umständen – wie bei der Diskussion im Gildehaus in Lüchow – Zwischenrufe des Publikums geben. Diese Zwischenrufe, Proteste und weitere Kolloquien können, wie erlebt, sehr erhellend und wirkungsvoll sein: Alles ist drin. Bis hin zum Spielabbruch.

BUND doch in Kommission

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND) hat nun doch beschlossen, an der umstrittenen Endlagerkommission teilzunehmen. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) bedauert diesen Schritt. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „So lange an Gorleben festgehalten wird, wird das tiefe Misstrauen in einen ehrlichen Neustart der Endlagersuche nicht zerstreut, auch wenn nun doch ein Umweltverband einen Platz in der Kommission einnimmt. Es geht den Gorleben-Befürwortern in der Industrie und in der Politik um eine nachträgliche Akzeptanzbeschaffung und nicht um einen ehrlichen Neubeginn bei der Atommülllagerung. Unter Tage in Gorleben wird derzeit nicht weitergebaut. Die Baustelle hat sich verlagert – nach Berlin. Deshalb mischen wir uns ein. Unsere Argumente sind stark und unsere Ausdauer nicht zu toppen. Wir streiten für das Ende der Atommüllproduktion und eine Debatte ohne Hinterlist. Dafür gehen wir weiter auf die Straße.“



Alles, was Recht ist

Ende März hat das Bundesumweltministerium seine Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans in Gorleben zurückgezogen. Damit ist die Genehmi-

gungsgrundlage für die Erkundung des Salzstocks endgültig vom Tisch – ein Etappensieg, an dem auch die „Rechtshilfe Gorleben“ einen großen Anteil hat. Der Verein ist seit Jahrzehnten ein fester Teil des wendländischen

Widerstandes und eine von den Atombetreibern gefürchtete Institution. Seit 1979 unterstützt die Gruppe die verwaltungsgerichtlichen Klagen betroffener Anwohner gegen die Atomanlagen. Über

ihren „Rechtshilfefonds“ trommelt sie das Geld für Anwälte, Gutachter und Prozesskosten zusammen, organisiert Pressekonzferenzen und Informationsveranstaltungen. Über eine halbe Million Euro wurden inzwischen eingesammelt und etliche Verfahren gegen Castortransporte, Zwischenlager, PKA und das Erkundungsbergwerk geführt. Mit dem Aus für

weitere Infos im Internet

www.gorleben-rundschau.de



den Rahmenbetriebsplan ist zwar der Schlusspunkt unter einen 30 Jahre dauernden Rechtsstreit gesetzt. Doch jetzt geht es um ein faires und wissenschaftliches Verfahren bei der neuen Standort-suche. Die Rechtshilfe wird auch dafür alle juristischen Hebel nutzen. *Gabi Haas*

GESCHAFFT!

Ein Problem weniger

Eine weitere Hürde im Kampf gegen das geplante Atommüllendlager in Gorleben ist genommen: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat Ende März angekündigt, dass sie auf Rechtsmittel verzichten wolle, um die erfolgreiche Klage der Gorlebengegner gegen den Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk im Wendland zu vereiteln. Ihr niedersächsischer Amtskollege, der grüne Umweltminister Stefan Wenzel, hat den Schritt begrüßt.

Mit Hendricks Entscheidung wird der 31 Jahre alte Rahmenbetriebsplan für die Erkundung des Bergwerks in Gorleben Geschichte. Er stammt aus dem Jahr 1983. Da der Plan vor Inkrafttreten einer EU-Richtlinie (1990) erlassen wurde, die das Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorschreibt, war bislang – und wäre auch zukünftig – auf der Grundlage dieses Plans keine UVP und keine

formelle Bürgerbeteiligung erforderlich, um Arbeiten am Standort Gorleben weiterzuführen.

Auf die Klage eines Eigentümers in Gorleben hat das Verwaltungsgericht Lüneburg im Sommer 2013 den alten Rahmenbetriebsplan im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Standortauswahlgesetzes (StandAG) für obsolet erklärt und das Verfahren eingestellt. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat den Rahmenbetriebsplan dann aus Gründen der Rechtsklarheit aufgehoben. Die alte Bundesregierung hatte jedoch Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans eingelegt.

Wäre der Rahmenbetriebsplan aufrechterhalten worden, gäbe es dauerhaft neben dem Auswahlprozess über das Standortauswahlgesetz eine Art „Plan B“ für Gorleben. In den vergangenen Jahrzehnten war der Rahmenbetriebsplan die rechtliche Grundlage für den Versuch, Gorleben

kammheimlich zum Endlager auszubauen. Öffentlich wurde jedoch immer behauptet, dass man den Standort lediglich „erkunden“ wolle.

Zufriedenzustellen ist die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) damit aber noch lange nicht: „Das Misstrauen in die Politik gründet sich in erster Linie darauf, dass Gorleben im StandAG fortgeschleppt wird, obwohl Linke, Grüne und SPD im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Gorleben übereinstimmend festgestellt hatten, dass der Standort politisch und geologisch delegitimiert sei“.

Darüberhinaus sei Gorleben weit von einer Gleichbehandlung mit anderen potentiellen Endlagerstandorten entfernt, unterstreicht BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Immer noch werde der Planfeststellungsantrag zur Errichtung eines nuklearen Endlagers auf dem Jahr 1977 aufrechterhalten, obwohl auch er durch das StandAG überholt sei. *GR-Redaktion*

VOR 30 JAHREN

Der „Gartower See“

Was hat dieses Freizeitparadies in der Gorleben Rundschau zu suchen? Das werden sich manche fragen. Aber so alt ist dieses Paradies noch nicht. Ursprünglich eine kleine Ausbuchtung der Seege, eines Nebenflusses der Elbe, die bei Hochwasser „Land unter“ ging, keimte in Gartow der Wunsch, aus dem Übel einen Nutzen zu ziehen. Die Vision eines künstlichen Sees als Touristenattraktion wurde konzipiert. Mit einer Länge von 2,3 Kilometern, einer Breite von 650 und einer Tiefe von zwei Metern ist er heute ein Idyll für Wassersportler, Angler, Jogger, Ruhesuchenden und Biber.

Am 1. August 1984 schreibt Redakteur H.-

H. Müller in der Elbe-Jeetzel-Zeitung: „Der Gartower See wird in wenigen Tagen um rund 63 000 Quadratmeter größer sein. Die im April begonnene Erweiterung (...) steht kurz vor dem Abschluss. Der Durchstich der Wälle, die jetzt noch die Neuanlagen von dem Gewässer trennen, soll in diesen Tagen erfolgen. (...) Im Westteil des Sees sind insgesamt 200 000 Kubikmeter Erdreich ausgehoben worden. (...) Das entnommene Erdreich dient unter anderem zur Erhöhung der beiden Schachtbereiche auf dem Gelände des Bergwerks zur Erkundung des Salzstockes Gorleben. Eine entsprechende Vereinbarung über die Verwendung des Bodens hatten die Gemeinde Gartow und die Deutsche Ge-



Gartow 1973: noch ohne See

sellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) getroffen. Diese Erweiterung des Sees füllt die Gemeindekasse um 376 000 DM.“ Liebe Leser/-innen, genießen Sie also bewusst dieses „Naturidyll!“ *Marianne Fritzen*



Genau 113 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen (HAW) aus den deutschen Atomkraftwerken haben es in den vergangenen Jahren trotz heftiger Proteste in die Wellblechhalle des Gorlebener Zwischenlagers geschafft. Fünf Behälter mit mittelaktivem Abfall (MAW) in Form verfestigter Spaltprodukte stehen noch im französischen La Hague, weitere 21 Castoren mit verfestigten Spaltproduktlösungen warten im britischen Sellafield. Sie alle sollen ab 2015 zurück nach Deutschland kommen. Um Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen, soll dieser Müll nicht mehr ins Wendland rollen. Stattdessen könnte er in bestehende Standortzwischenlager an AKW verbracht werden.

Doch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) ist trotzdem alarmiert, sie traut dem Frieden nicht. Zwar rudert die Politik mittlerweile zurück, wenn es um den Standort Gorleben geht. So soll beispielsweise die Schlieffenkaserne in

Lüneburg – bisher als Polizeiunterkunft während der Transporte genutzt – nicht mehr zur Verfügung stehen. Bleiben sollen aber die Liegenschaften im Wendland: das Gelände der ehemaligen Bundeswehrkaserne in Neu Tramm und die Container-Unterkünfte in Dannenberg und Woltersdorf. Allein dafür belaufen sich die jährlichen Kosten für Miete, Bewirtschaftung und Bewachung auf knapp drei Millionen Euro. Die BI sieht darin ein Indiz, dass insgeheim Gorleben doch noch als Hintertürchen offenbleiben soll. „Vom Land Niedersachsen erwarten wir, dass hier ein Schlusstrich gezogen und das viele Geld gespart wird“, so die BI. Sie fordert die Rücknahme der Genehmigungsanträge für den Transport von Kockillen mit mittel- und hochradioaktivem Müll (MAW und HAW) durch die Betreibergesellschaft GNS.

„Auch eine Novelle des Atomgesetzes, um den Transport der MAW-Kockillen nach Gorleben eindeutig zu verbieten, ist un-

umgänglich!“ Denn das Gesetz weist eine Ungenauigkeit auf: Während die 21 Castoren aus Sellafield vom Atomgesetz abgedeckt und ihr Transport nach Gorleben demnach ausgeschlossen ist, könnten die fünf Behälter aus Frankreich eben doch ins Wendland kommen, weil sie verfestigte Spaltprodukte enthalten, das Atomgesetz für Gorleben aber nur die Lagerung von verfestigten Spaltproduktlösungen ausschließt. Ein Kurzgutachten von Greenpeace bestätigt die Gefahr dieser Lesart. Doch ganz gleich, wie die Politik entscheidet und wohin die Züge schließlich rollen, fordert die Bürgerinitiative zudem das generelle Ende der Castortransporte nach Gorleben oder anderswo: „Wir müssen weiter Protest machen! Selbst wenn Gorleben nicht mehr Ziel sein sollte, lautet unsere grundsätzliche Forderung: Lasst den Atommüll, wo er ist, bis zu einer ‚Lösung‘ der Endlagerfrage.“ Bilder von besetzten Schienen und rollenden Treckern will die Politik zwar künftig nicht mehr provozieren. „Die wird es aber geben, und wir sind dabei“, so die BI. Sie bekräftigt ihr Plädoyer für einen generellen Castor-Stopp, denn das Problem würde nicht kleiner, wenn andere Orte – beispielsweise Krümmel oder Lubmin – das Ziel der Transporte würden. „Solange sich in der Endlagerdebatte keine Lösungen abzeichnen, soll der Müll bleiben, wo er ist. Nix rein, nix raus! Egal, wie das Ziel lautet: Der Castor 2015 muss jetzt gestoppt werden!“

GORLEBEN

Stand der Dinge

Gorleben wird oft in einem Atemzug mit „Castor-Protest“ genannt. Gorleben steht aber für viel mehr. Als Gorleben am 22. Februar 1977 als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ benannt wurde, sollten eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), eine Brennelementefabrik, oberirdische Pufferlager für die hochradioaktive Atomsuppe und ein Endlager errichtet werden. Die WAA und den Bau einer Brennelementefabrik konnten wir verhindern. Aber die Konturen eines Atommüllzentrums sind immer noch deutlich. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht heutzutage der Plan, im Salzstock Gorleben ein nukleares Endlager zu errichten. Für alle Abfallsorten!

Linke, die SPD und die Grünen kamen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Gorleben zu dem übereinstimmenden Ergebnis, dass in Gorleben nur getrickelt wurde, dass gravierende Män-

gel des Salzstocks, die eine Endlagerung verbieten, aus politischen Gründen vertuscht wurden. Trotzdem blieb der Standort im Rennen. Ja, er avanciert sogar im Standortauswahlgesetz zum einzigen gesetzten Standort.

Im Zwischenlager gleich neben dem Bergwerksgelände stehen 113 Behälter

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

mit hochradioaktiven Abfällen. Das Zwischenglied zur Endlagerung ist die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA), deren 60 Meter hoher Abluftkamin die Kieferwälder überragt. Dort könnten Castorbehälter entladen und die verglasten hochradioaktiven Abfälle oder abgebrannte Brennelemente endlagerfertig verpackt werden. Die Anlage hat den heißen Betrieb bisher nicht aufgenommen. Ein Glück! Und das soll auch so bleiben. Sie entspricht nicht mehr dem Stand von Wis-



senschaft und Technik, gilt aber als Standortvorteil, wenn der Endlagerpoker beginnt. Dann lagern noch schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Fasslager, das 1984 den Betrieb aufnahm. Bisher sind dort 6500 Kubikmeter Atommüll eingelagert worden. Die Betreiberfirma GNS will darüber hinaus noch eine weitere Konditionierungsanlage für diese Abfälle errichten, um die Behälter für das geplante Endlager Schacht KONRAD zu verpacken. Zu befürchten ist also, dass Gorleben weiter Drehschreibe im Atommüllgeschäft bleibt. Dagegen setzen wir uns seit 37 Jahren zur Wehr. Durchaus mit Erfolg!
Wolfgang Ehmke

ÜBERWACHUNGSSTAAT: WO RECHT ZU UNRECHT WIRD ...

Jan Becker im Gespräch mit Rechtsanwalt Martin Lemke

Wenn es auch nicht öffentlich bestätigt wird, ist es doch allgemein bekannt, dass der Staat zumindest zu Castorzeiten alle Register zieht. Viel ist Gerücht, doch was ist Realität? Werden Spitzel in Aktionsgruppen geschleust, Handygespräche blockiert, abgehört oder Telefone geortet? Braucht es nur die Stichworte „Castor“ oder „Gorleben“ in einer Mail, damit der Verfassungsschutz aktiv wird? Die Diskussion um den NSA-Abhörskandal ist weitreichend. Und wo, wenn nicht im Wendland, könnte der Staat Interesse am Wissen über das politische Geschehen haben? Nun sollen keine Castoren mehr kommen. Doch was wird aus der Überwachung? Ein Gespräch mit Martin Lemke, Rechtsanwalt für Strafrecht aus Hamburg und seit Jahrzehnten im Ermittlungsausschuss Gorleben engagiert.

Gorleben Rundschau: Lieber Martin, Du begleitest jetzt schon seit vielen Jahren die Proteste gegen ein Endlager in Gorleben, gegen die Castortransporte, hast viele Menschen vor Gericht vertreten. Handyortung, Mailphishing, Profilanalysen, DNA-Abgleich – die Möglichkeiten scheinen undurchschaubar, unbegrenzt und unheimlich. Aber was davon ist wahr und wird praktiziert?

Martin Lemke: Die Polizei und die Geheimdienste wenden grundsätzlich alle technischen Mittel an, die ihnen für die Überwachung und Auswertung zur Verfügung stehen. Es gibt faktisch nur technische Grenzen. Die Polizei macht, was sie kann und nicht, was sie darf. Die Kontrolle der Polizei durch Gerichte, die im Gesetz vorgesehen ist, funktioniert nicht und ist unzureichend. Die Gerichte stehen der Polizei strukturell näher und damit den Überwachern und nicht den Überwachten. Es werden insbesondere zu Castorzeiten alle verfügbaren Überwachungsmittel genutzt, neben den Klassikern wie Observation und V-Leuten insbesondere die Telekommunikationsüberwachung, also das Abhören von Handyinhalten, das Erstellen von Bewegungsbildern, das Sammeln von Kontakt- und Geodaten und das Anbringen von GPS-Sendern an und Wanzen in Fahrzeugen, wobei letzteres eher selten vorkommt. Bei der Auswertung von DNA-Material ist die Polizei noch nicht sehr weit, weil das Vergleichsmaterial nicht so einfach zu beschaffen ist und erst sehr wenige DNA-Datensätze von Personen aus dem Landkreis vorliegen. Es werden aber auch bei kleinen Delikten häufig DNA-Proben genommen.



GR: Der SPIEGEL schrieb mit Hinweis auf „SpuDok“ am 26. August 1985: „Auf der Suche nach einer kriminellen Vereinigung hat die Polizei im Atomkreis Lüchow-Dannenberg große Teile der Bevölkerung in einer geheimen Datenbank gespeichert.“ Nach deren Enthüllung wurde versprochen, die Daten von mehr als 2000 Einwohner/-innen des Landkreises zu löschen. Wie steht es damit? Gibt es eine moderne Version der „SpuDok“, wo man doch heute dank Facebook, SMS, Mail & Co. viel leichter an Daten kommen kann?

ML: Die Polizei hat inzwischen rund zwei Dutzend polizeiliche Informationssysteme vom BKA bis zur Polizeiwache vor Ort. Dort werden auch Castor-beziehungsweise Gorlebengegner mit Namen und Daten sowie KFZ-Kennzeichen und Ermittlungsverfahren sowie weitere polizeiliche Erkenntnisse erfasst. Informationen aus den sozialen Netzwerken werden von der Polizei anlässlich einzelner Ermittlungsverfahren erfasst, überprüft und ausgewertet.

GR: Kannst Du beim Stichwort „Überwachungsstaat“ eine Tendenz erkennen? Hat der Staat sein Handeln seit Beginn der Proteste mit der Freien Republik bis heute verändert?

ML: Die Tendenz ist immer gleich: Es wird ermittelt, überwacht und ausgewertet mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Früher lag der Schwerpunkt mehr auf der repressiven Seite, also der Verfolgung geschehener Taten und Handlungen durch die Polizei. Heute kommt, wie der Kabarettist Georg Schramm zu treffend sagt, die Polizei schon, bevor etwas geklaut ist, das heißt die präventive Seite wurde gestärkt. Der Traum der Polizei ist, Taten zu erkennen und zu verhindern, bevor sie passieren. Wir arbeiten daran, dass es ein Traum bleibt.

GR: Lässt sich erkennen, welche Dimension der Überwachungsstaat in Sachen Gorleben und Castorproteste über die Jahre angenommen hat, oder stochert der Staat eigentlich immer noch etwas hilflos im Dunkeln?

ML: Die Überwachung des Castorprotestes gab es von Beginn an. Die Überwachungsmittel sind moderner geworden und es werden für die Überwachung und Auswertung noch mehr Polizisten als früher eingesetzt. Das lässt sich beklagen, aber niemand sollte sich deshalb in sei-

nem Protest einschränken lassen. Die Polizeidirektoren sagen mir immer mit einem gewissen Stolz, dass sie die „Pappenheimer“ kennen, seit ein paar Jahren sagen sie sogar „unsere Pappenheimer“ und tun so, als sei es ein moralischer Wert, dass ein Überwachungsbeamter auch was gegen Atomkraft hat. Ihre Moral und die Überwachung nützen ihnen aber nichts, weil es immer wieder erfolgreiche Blockaden und überraschende Aktionen gegeben hat. Sie tappen also nicht ganz im Dunkeln, aber Nachtwächter sind sie trotzdem.

GR: Tatsächlich führt politisches Engagement öfter auch zu Anschuldigungen, Verfahren und Gerichtsprozessen. Doch inwieweit kommt es dann auch zu Verurteilungen und wie sehen die dann aus? Ich denke da zum Beispiel an Betonpyramiden, die ja trotz „Überwachungsstaat“ doch irgendwie immer wieder klappen.

ML: : Die Verurteilungsquote im Wendland ist sehr gering. Das liegt auch daran, dass die Bürgerinitiative und die Bäuerliche Notgemeinschaft, der Ermittlungs-

ausschuss und viele Unterstützer/-innen die Beschuldigten in aller Regel nicht allein lassen und dass der Protest im Wendland so groß und breit ist. In Hamburg gibt es nach Demonstrationen viel häufiger Verfahren und Verurteilungen. Die Verfahren gegen Betonpyramidenblockierer/-innen, von denen ich weiß, sind alle eingestellt worden, allerdings einige erst nach einer Bußgeldzahlung. Kein/e Blockierer/-in hat eine Eintragung im polizeilichen Führungszeugnis oder im Bundeszentralregister.

GR: Welche Ratschläge kannst Du Menschen geben, die sich auch in Zeiten der (vermeintlichen) „Totalüberwachung“ politisch engagieren wollen?

ML: Klare Antwort: Das Handy eingeschaltet zu Hause lassen und sich dann draußen in der Natur mit netten Menschen treffen. Am Schluss möchte ich noch sagen, was mir ausgesprochen wichtig ist. Jede/r Beschuldigte und jede/r Überwachte braucht nicht nur die Unterstützung von uns Anwalt/-innen, sondern von seinem Umfeld, seinen

Freund/-innen, allen Castorgegner/-innen. Es ist manchmal zermürend, zu wissen, dass Mensch überwacht wird, aber Solidarität, Hilfe und Unterstützung sind das beste Mittel gegen die Vereinzelung und die Methoden der Diener des Überwachungsstaates.

GR: Vielen Dank für das Gespräch und vor allem für Dein Engagement!



KURZNACHRICHTEN AUS DER BI

Aktionen und politische Arbeit

Nach zwei Jahren Pause war Gorleben erneut Station auf dem „Kreuzweg der Schöpfung“ – organisiert von der evangelischen und katholischen Kirche. Er begann am 9. März im Domhof Hildesheim und machte am 16. März Station im Wendland.

Nach der Mitgliederversammlung und der Wahl des neuen Vorstandes der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) am 16. März fuhren am 22. März mehrere Busse aus dem Wendland zur Energie-

wende-Demo nach Hannover, wo unter anderem Kerstin Rudek zu rund 8000 Teilnehmer/-innen sprach. Pressesprecher Wolfgang Ehmke wandte sich in Kiel an rund 5000 Demonstrant/-innen. Auch in weiteren Landeshauptstädten fanden Demos für den Ausbau der erneuerbaren Energien und gegen den Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken statt. Eine Tagung der Umweltverbände und -initiativen fand am 28. und 29. März in Berlin statt. Sie stand unter dem Motto „Atommüll ohne Ende – Auf der Suche nach einem besseren Umgang“. Hintergrund war die Weigerung, in der Kom-

mission mitzuarbeiten. Die BI war personell stark vertreten, auf dem Podium sprach Vorsitzender Martin Donat zum Thema Endlagersuchgesetz und Kommissionsarbeit.

Die Jahreshauptveranstaltung des Gorlebener Gebets fand am 30. März in Gedelitz statt. Es gab viel zu planen, denn Ende Juni wird das 25-jährige Jubiläum mit einer großen Veranstaltung bedacht werden.

Sind Widerstand und Polizei nach dem Stopp der Castortransporte auf Entzug? Die Premiere des Theaterstücks „Gutes Wendland, schlechtes Wendland“ der Freien Bühne Wendland wurde am 1. April in Platenlaase gefeiert. Die Bürgerinitiative freut sich zudem über zehn Prozent der Einnahmen.

Am 9. April fand – auch in Platenlaase – eine Infoveranstaltung zu dem Thema URENCO statt und eine Woche später lud die BI dorthin zu einem weiteren Werk der ökologischen Filmreihe ein.

Am 26. April schließlich nahmen Vertreter der BI zusammen mit dem BI-Gast Anthony aus Afrika an der Kultur- und Protestmeile vor dem AKW Brokdorf teil. Anlass war der 28. Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl. Anja Meyer

Die GR-Familie

Die Gorleben Rundschau (GR) hat Nachwuchs bekommen: Neben der gedruckten Ausgabe gibt es schon seit einigen Monaten einen laufend aktualisierten „GR-Bereich“ auf der Website der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Erreichbar ist der Bereich auch über die Internetadresse www.gorleben-rundschau.de. Dort werden regelmäßig weiterführende Links zu Themen im Heft aufgeführt und es können Leserbriefe, Lob und Kritik gepostet werden. Daneben können dort ältere Ausgaben der GR als PDF heruntergeladen werden. Auf der Seite werden ab sofort auch die neuerdings regelmäßig produzierten Videos von GR und BI bereitstehen. Übrigens: Über den QR-Code können die Seiten bequem auf einem Smartphone aufgerufen werden. Am besten gleich bookmarken. Außerdem stellt die BI Lüchow-Dannenberg künftig ausgewählte Texte der Gorleben Rundschau auch anderen Initiativen, Verbänden und Redaktionen zur Verfügung. Interessierte an dieser Syndication können sich auf einen E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen. Eine kurze Nachricht an redaktion@gorleben.de genügt.





ELBE, RHEIN, SPREE UND ZURÜCK

Heinz Laing gehört zur Geschichte des Wendlands wie die Standortbenennung Gorleben. Erst im Widerstand auf der Straße, später in Bonn und Berlin. Politische Themen im Allgemeinen und Umwelt und Energie im Besonderen haben ihn immer interessiert. Von Anja Meyer

Aller Anfang ist schwer, im Falle von Heinz Laing war er auch hart: In den 1970-er Jahren war er als Student bei den Protesten in Why! dabei und hat 1976 die von Polizeigewalt überschattete Großdemonstration gegen die Atomanlagen in Brokdorf als Einstieg in die Anti-AKW-Szene erlebt. Welch ein Beginn! Doch dann kam die Liebe! Zum Wendland. Zu den Menschen. Zum Widerstand. Als Heinz Ende der Siebzigerjahre ein Pfadfindercamp in Gartow mitorganisierte, sprang der Funke sofort über. Er schrieb seine Magisterarbeit über „Bauern und Widerstand“, im Jahr der Ausrufung der *Republik Freies Wendland* leistete er seinen Zivildienst im Jagdschloss Göhrde ab. Beruflich ist es Heinz Laing schließlich gelungen, trotz schwacher Infrastruktur im Landkreis Lüchow-Dannenberg Fuß zu fassen. Er war in der Erwachsenen- und Jugendbildung tätig, zwar bundesweit unterwegs, aber dauerhaft sesshaft im Wendland und aktiv im Anti-Atom-Widerstand. Hier, im „unruhigen Hinterland“, hatte er ein breit gespanntes Netzwerk von Gleichgesinnten. Dabei hatte Heinz zunächst den Eindruck einer „eher harmlosen, fast bürgerlichen

Form des Widerstands.“ Das freilich wurde von Seiten des Staates ganz anders wahrgenommen: Nach dem Treiben der RAF wurden politisch linke Strukturen damals schnell mit Terror gleichgesetzt, vor allem von außen undurchsichtige politische Netzwerke erregten die staatliche Aufmerksamkeit.

Heinz Laing und seine Mitstreiter gerieten mitten in die Phase der Kriminalisierung der wendländischen Anti-Atom-Szene; vor allem die Bewohner von Wohngemeinschaften in Meuchefitz, Bischhof oder Drawehn wurden mit Hausdurchsuchungen gezielt eingeschüchtert. Denn Heinz war an den meisten Widerstandsaktionen dieser Zeit beteiligt und kam als gut vernetzter, zugezogener Gorlebengegner bald ins Visier der staatlichen Observierungen. Er erlebte mehrmals, wie sein WG-Zimmer von Staatsbediensteten durchwühlt, seine Telefongespräche abgehört, seine Person beschattet wurde. Auch wenn der psychische Druck durch die permanente Beobachtung damals groß war, berichtet er heute mit Humor vom Vorgehen der Polizei. Denn die Beschatter sind damals sehr stümperhaft vorgegangen bei dem Versuch, die Strukturen der wendländischen Widerstandsszene zu ergründen. Unter anderem Heinz sollte als Kopf einer kriminellen Vereinigung überführt werden. Das musste scheitern: Die Strukturen waren bewusst unübersichtlich, schon gar nicht hierarchisch, sondern undurchsichtig und ohne Führungsspitze.

Immer wieder hat die Auseinandersetzung um Gorleben Menschen aus dem Widerstand bewogen, auf die politische Bühne zu wechseln. Ende der Achtzigerjahre bemühte sich auch Lilo Wollny um ein Amt und wurde als parteilose Kandidatin Bundestagsabgeordnete der Grünen. Sie bestand auf Heinz Laing als wissenschaftlichen Mitarbeiter, der sich fortan in Bonn um die Energiepolitik kümmerte: Klimawandel, Energiewende und Atomausstieg waren schon vor weit mehr als 20 Jahren brandaktuell. Der Kampf dafür fand für Heinz Laing nun nicht mehr ausschließlich auf der Straße statt, sondern auch auf dem politischen Paket am Rhein.

Nach vier Jahren kehrte er der Politik den Rücken, arbeitete als Bereichsleiter Atom, Energie, Abrüstung bei Greenpeace in Hamburg und leitete später als Lobbyist im Berliner Büro Kampagnen zu altbekannten Themen: Energie, Klima, Atomkraft. Und ganz nebenbei baute er „Greenpeace Energy“ mit auf – den Ökostrom-Lieferanten der Umweltorganisation mit dem Regenbogen im Logo. Erst 2006 zog es Heinz zurück in die Idylle des Wendlands und die Region der geheimnisvollen Ortsnamen. Seit dem hat er mit viel Liebe und noch mehr Einsatz

das lange unbewohnte Herrenhaus in Salderatzen zum weitbekannten Veranstaltungsort und zur ungewöhnlichen Pension ausgebaut. Die Namen der Nachbarorte lauten Waddeweitz, Prießbeck oder Schlanze.

Die große Politik ist Geschichte. Doch fürs Wendland ist Heinz Laing weiterhin aktiv: Gemeinsam mit Sinnesgenossen treibt er die Vermarktung der für den sanften Tourismus so attraktiven Gegend zwischen Elbe und Drawehn voran – auch um das Wendland aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken und mehr Bewohner/-innen ein berufliches Auskommen zu ermöglichen.

Campan gegen Atom

Vom sogenannten Atomausstieg ist an den Transportwegen radioaktiver Frachten nichts zu merken. Es werden weiterhin radioaktive Materialien über Land und Wasser transportiert: Die Atomfabriken in Gronau und Lingen brauchen Futter für die Brennstoffproduktion, AKW wie Brokdorf laufen noch bis 2021 und der Uranverkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal über den Hamburger Hafen bis nach Frankreich fließt ungehindert. Dagegen wollen Anti-Atom-Aktivist*innen im Sommer ihre Zelte bei Kiel aufschlagen, denn etwa wöchentlich fährt auch ein Uranfrachter durch den Nord-Ostsee-Kanal. Das *Campan gegen Atomkraft* soll vom 9. bis zum 16. August direkt am Kanal stattfinden. Weitere Infos sowie den genauen Ort gibt es im Internet: www.antiatom-camp.nirgendwo.info

25 Jahre Gorlebener Gebet

Zum runden Geburtstag veranstaltet die ökumenische Initiative *Gorlebener Gebet* am 29. Juni ab 11 Uhr und in Kooperation mit vielen anderen Protestgruppen einen „Widerstands-Marathon“ rund um den Schwarzbau. Denn wenn sich seit 25 Jahren Menschen aus verschiedenen Religionen und Kulturen und mit oder ohne Kirchenzugehörigkeit in dem gemeinsamen Eintreten für den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung und für den Frieden versammeln, dann ist das schon einen Festakt wert:

Rund um das sogenannte Erkundungsbergwerk präsentieren sich Widerstandsgruppen aus dem Wendland. Der Chor *Red Rooster* und die Schüler-Theater-Gruppe des Gymnasiums Lüchow sorgen für Unterhaltung. Die Künstlerin Anna Adam erforscht im *Happy Hippie Jew Bus* mit viel Witz gängige Vorstellungen über das Judentum. Um 14 Uhr hält Landesbischof Ralf Meister das *Gorlebener Gebet*. Weitere Informationen gibt's bei Christa Kuhl unter chdkuhl@gmx.de



BLICKWEXEL

Im Wendland aufzuwachen bedeutet, dass man auch thematisch immer nah an Gorleben ist und viel vom Widerstand mitbekommt. Das war auch bei Nicole Milik so, der Sängerin, die beim Clubkonzert zum Gewinn einer Wildcard für den Vorentscheid des Eurovision Song Contestes (ESC) immerhin auf Platz 5 kam. „Ich war nie der typische Demonstrant, habe aber einige Demos musikalisch begleitet.“ Mit der Band *direkt* war sie bei der Auftaktkundgebung zu den Castorprotesten 2008 Vorband von *Madsen*, bei der Berlin-Demo im September 2009 absolvierte sie vor 50 000 Menschen den bisher größten Auftritt ihres Lebens. Zuvor tourte Nicole mit der BI durch Deutschland, um für die Demo zu werben. „Dass ich mich beim ESC gegen 2200 Musiker/-innen durchsetze, hätte ich damals nie für möglich gehalten!“

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

e-ventschau 2014

2. Benefiz Open Air in Ventschau (Landkreis Lüneburg)

für die Kinder von Tschernobyl



11. Juli ab 17:00 Uhr

12. Juli ab 14:00 Uhr

2. Festival!

Live-Musik, Vorträge,
Ausstellungen, Filme



Live-Musik
Schwimmer
Who Killed Frank?
Ben Turner
Kolkhorst
uvm.

Vorträge
Alexander Neureuter
Peter Dickel
Cécile Lecomte
und andere



Leckereien, Spiele



Mehr Infos unter www.e-ventschau.de

Unterstützt von BI Lüchow-Dannenberg, Lagatom und Menschengegenatomkraft



Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de